

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich dreimal u. zwar Diens-
tags, Donnerstag und Sonnabends.
Bezugspreis viertelj. 1 Mk. 30 Pf.,
durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf.
Einzeln Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags, Mittwochs und
Freitags bis spätestens Mittags
12 Uhr angenommen.
Inserationspreis 10 Pf. pro dreizeh-
spaltene Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Erud und Verlag von Martin Berger in Firma G. H. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion G. H. Berger daselbst.

No. 24.

Sonnabend, den 23. Februar

1895.

Die finanz- und wirtschaftspolitischen Wirren in Nordamerika.

Noch immer leidet die nordamerikanische Union mehr oder weniger unter den bedenklichen Folgen einer verkehrten Finanz- und Wirtschaftspolitik, und eifriger denn je suchen jetzt die maßgebenden Kreise des großen transatlantischen Staatensystems nach einem Auswege aus den dasselbe drückenden mancherlei Fatalitäten. Die unsinnige extreme Schutzpolitik der Vereinigten Staaten, welche in der berühmten Mac Kinley-Bill ihren kräftigsten Ausdruck fand, die hiermit eng zusammenhängende kurzfristige Silbererhebung, das Anwesen der „Trusts“ oder wirtschaftlichen Riege, welche auf Ausbeutung des konsumierenden Publikums zu Gunsten gewisser Interessentengruppen berechnet waren, die schwankenden Währungsverhältnisse — alle diese Erscheinungen zusammen haben in Verbindung mit der Corruption im Beamtenthum der Union und mit schmutzigen Durchstechereien selbst an höheren Stellen einen Zustand in der Union geschaffen, der die gesammte geistliche Weiterentwicklung dieses bislang so blühenden mächtigen Staatensystems erheblich zu beeinträchtigen droht. Wohl ist inzwischen durch die Beseitigung der Shermanbill ein Wandel in der ungesunden Silberpolitik der Unionregierung geschaffen worden, wie andererseits die Mac Kinley-Bill ja durch den in maßvolleren Grenzen gehaltenen neuen Zolltarif, die sogenannte Wilson-Bill ersetzt worden ist, aber diese verspäteten Reformen haben doch den Herinbruch einer großen Industriekrise und Handelskrise über die nordamerikanische Republik nicht zu verhindern vermocht, und noch wie vor ist die gesammte finanz- und wirtschaftspolitische Lage daselbst eine ziemlich präcise und verworrene.

Präsident Cleveland hat denn auch das Nützliche und Unhaltbare der bestehenden Lage sehr wohl erkannt, und in seiner letzten Botschaft an den Washingtoner Congress die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reformation behufs Wiederherstellung gesunderer Verhältnisse eindringlich dargelegt. Zugleich ließ der Präsident dem Congress verschiedene praktische Vorschläge zur Lösung der auf dem wirtschaftspolitischen Gebiete bestehenden Wirren zugehen, welche Anregungen sich namentlich auf die Beseitigung der gegenwärtigen Währungszerfahrenheit der Vereinigten Staaten bezogen. Aber die wohlgemeinten Vorschläge des weißhändigen Staatsoberhauptes haben in beiden Häusern des amerikanischen Bundesparlamentes bislang überwiegend so unfreundliche Aufnahme und Beurtheilung gefunden, daß Präsident Cleveland, tief verletzt, erklärt haben soll, er würde von nun an dem Congress mit seinen Rathschlägen nicht mehr zu nahe treten und es demselben überlassen, eine geeignete Lösung der vorhandenen Schwierigkeiten aufzufinden. Eine solche veränderte Haltung des Präsidenten gegenüber dem Congress würde allerdings um so erklärlicher sein, als letzterer auch Vorschläge aus seiner eigenen Mitte speziell zur Beseitigung der Währungssalamität, wie z. B. die bekannte „Bill Springer“, abgelehnt hat. Außerdem ist der Congress in sich selber so gespalten und uneinig, daß bis jetzt kaum erst die Vorlage über die Aufhebung des Differentialzolles auf Zucker mit „Ach und Krach“ Erledigung gefunden hat. Dabei erscheint es noch keineswegs als sicher, daß auch der Senat dieser Vorlage, welche doch nur ein gerechteres Entgegenkommen der Union gegenüber den Zuckerexportstaaten Europas bedeutet, zustimmen wird, wenigstens machen die Schutzpöller im Senat allerhand Einwände gegen die geplante Aufhebung des Zuckerdifferentialzolles.

Vorläufig hat die Unionregierung kein besseres Mittel, um aus den schwebenden Schwierigkeiten herauszukommen, ausfindig zu machen gewußt, als die Contrahierung einer Rielenanleihe im Betrage von angeblich 2 Milliarden Mark (500 Millionen Dollars), welche nächstens an den Hauptbankplätzen der Neuen Welt und Europas zur Zeichnung öffentlich aufgelegt werden soll. Aber dieses Experiment kann doch nur ein Nothbehelf sein, auf die Dauer lassen sich gesetzgeberische Maßnahmen zur Herbeiführung gesunderer finanzieller und wirtschaftlicher Zustände für Nordamerika schwerlich umgehen. Und je eher solche Reformen in Angriff genommen und zielbewußt durchgeführt werden, um so besser wird dies auch für Europa sein, dessen Exporthandel sich ja noch immer zum großen Theil auf Nordamerika als sein wichtigstes Absatzgebiet angewiesen sieht, es betraf aber wohl nicht erst einer besonderen Darlegung, wie ungünstig eine etwaige längere Fortdauer der gegenwärtigen finanz- und wirtschaftspolitischen Wirren in Nordamerika auf die Handelsbeziehungen Europas zu diesem größten Reiche der westlichen Hemisphäre einwirken muß.

Tagesgeschichte.

Berlin, 20. Februar. Das „Armeekorrespondenzblatt“ veröffentlicht folgenden Armeebefehl: Mein Herz hat mit mir einen neuen schweren Verlust zu beklagen. Aus der Zahl seiner Generalfeldmarschälle schied durch den Tod zu Meinem großen Schmerze Mein treuer Freund, der Erzherzog Albrecht von Oesterreich, Kaiserliche und Königliche Hoheit, Chef des Grenadierregiments König Friedrich Wilhelm I., des 2. ostpreussischen Nr. 3. Mit ihm ist ein ruhmreicher, auf vielen Schlachtfeldern erprobter Führer und Held, ein leuchtendes Vorbild aller soldatischen Tugenden, ein treuer Pfleger der Waffenbrüderschaft zwischen der österreichisch-ungarischen und Meiner Armee dahingegangen, den wir mit Stolz zu den unserigen zählen durften. Um das Andenken des Verewigten zu ehren, bestimme Ich hierdurch, daß sämtliche Offiziere der Armee drei Tage, die Offiziere des vorgenannten Regiments, dessen Chef der Generalfeldmarschall fast 38 Jahre gewesen, acht Tage Trauer (Nur am linken Unterarm) anlegen. Außerdem hat eine Abordnung des Regiments, bestehend aus dem Commandeur, einem Stabsoffizier, einem Hauptmann und einem Lieutenant, an den Beisetzungsfeierlichkeiten Theil zu nehmen. Ich beauftrage Sie, Vorstehendes der Armee bekannt zu machen. Berlin, den 18. Februar 1895. Wilhelm. — An den Kriegsminister.

Dem Giftbaum der Submission ist in Berlin kürzlich eine duffige Blüte entsprossen, und da die Begleitumstände des Falles für die Gewerbetreibenden von sehr niederschlagender Natur sind, wird dieses Submissionsthat alle Gewerbetreibenden und alle, die es mit diesen wohlmeinen, interessieren. Der Magistrat der Stadt Berlin schrieb für den Druck des Gemeindeblattes und der zugehörigen, meist tabellarischen Druckarbeiten, für welchen Auftrag bisher 56 446 Mark jährlich gezahlt worden sind, eine beschränkte Submission aus, an der sich 6 größere Firmen beteiligten. Das Ergebnis derselben war, wie in einem von dem Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins ausgehenden Rundschreiben mitgetheilt wird, ein Abweichen des niedrigsten vom höchsten Gebot um volle 26 000 M., von dem bisherigen Preise um 16 000 M. und von dem Gebote des bisherigen Druckers um 14 000 M. Obwohl nun das niedrigste Gebot, unbeschadet der anerkannten Leistungsfähigkeit der betreffenden Firma, schon von dem einzigen sachverständigen Mitgliede der Schreimaterialienkommission des Magistrats als unzureichend bezeichnet worden war, obwohl von dem vom bisherigen Drucker angerufenen Ehrengericht des Bundes der Berliner Buchdruckerbesitzer in eingehender Verhandlung und unter Zustimmung des Vertreters der mindestbietenden Firma festgestellt wurde, daß das Gebot im Haupttheile der Ansätze für den Satz mit dem deutschen Buchdruckerlohn tarif nicht im Einklang stand und das Ehrengericht der Ansicht war, daß unanständige Konkurrenz vorliege, beschlossen Rath und Stadtverordnete doch die Annahme des von allen wirklichen Sachverständigen als unanständig bezeichneten Mindestgebots. Ausschlaggebend für diesen Beschluß war die mit der von der Stadtverwaltung auf anderen Arbeitsgebieten besorgten Praxis in Widerspruch stehende Erwägung, daß man in diesem Falle ungeachtet aller Einwände die Arbeit an den Mindestfordernden Firma angeblich Maschinen, Licht, Löhne u. s. w. durch eine andere große (nichtstädtische) Arbeit bezahlt würden, die Stadt sich nicht geniren dürfe, im Interesse ihres Säckels in diesem Falle den angebotenen, unglücklich niederen Preis anzunehmen. Dem Ehrengericht der Berliner Buchdrucker und den übrigen wirklichen Sachverständigen wurde keine Beachtung geschenkt. In dieser Nichtachtung eines Gewerbes und seiner Organe, die doch wohl am besten zu beurtheilen vermögen, was einem ganzen Gewerbe Schaden bringt und was nicht, liegt das am meisten zu beurtheilende Moment der in Rede stehenden Submission. Werden Arbeiten zu allzuniedrigen Preisen vergeben, so liegt die größte Wahrscheinlichkeit vor, daß schließlich der unvermeidliche Verlust am nachgiebigsten Theile der Produktionskosten, am Arbeitslohn, weit zu machen versucht wird, und wird der geschäftlich durchaus verwerfliche Grundsatz aufgestellt, daß ein Geschäftsmann die eine Arbeit außergewöhnlich tief unter dem gewerbsüblichen Preise liefern könne, weil angeblich ihre Produktionskosten schon von einer andern Arbeit getragen würden, so heißt das der Schmutz- und Schlenderkonturrenz Thür und Thor öffnen. Das können in der ganzen Tragweite nur Sachverständige beurtheilen, und deshalb müßte das Ehrengericht der Buchdrucker beachtet werden. Anstatt dessen

wundert man sich noch im Stadtverordnetensaale darüber, daß das Ehrengericht sich mit dieser Sache befaßt habe, Nichtsachverständige finden ihre vor Fachleuten unhaltbaren technischen Ausführungen anerkannt und kundgegebenes warmes Interesse für die Gewerbe bezeugt der Heiterkeit der Stadtverordnetenversammlung! Und all dies geschieht in der Hauptstadt des Staates, dessen Regierung in anerkannter Weise bemüht ist, Handwerk und Gewerbe zu heben und Unlauterkeit in Handel und Wandel zu bekämpfen. Da ist doch wohl das Mindeste, was geschähen kann, ein öffentlicher Protest gegen die unwürdige Behandlung eines Gewerbes seitens einer Stadtverwaltung, die die Fühlung mit den gewerblichen Bestrebungen des eigenen Staates, der eigenen Regierung verloren zu haben scheint.

Ein Artikel der deutschen Wochenschrift „Nation“ sucht den Nachweis zu führen, daß die Einberufung einer neuen Silberkonferenz ergebnislos verlaufen werde. Es heißt darin: „Fürst Bismarck, der nie lebhaft für die Goldwährung eintrat, aber den Ernst dieser Dinge nicht verkennen mochte, hat sich nie dazu bereben lassen, auch nur einen Finger zu rühren für die Berufung einer Konferenz, und das einzige Mal, daß er einer fremden Einladung folgte, 1881, hat er seinen Vertretern wiederholt aufs strengste eingeschärft, die Hauptaktion den anderen Nationen zu überlassen und nur ganz unbedeutende Zugeständnisse als möglich in Aussicht zu stellen. Er wollte nicht der Narr sein, die Schmerzen Amerikas, Frankreichs, selbst Anglo-Indiens zu heilen. Und das geschah alles vor vierzehn Jahren, als unsere Goldwährung kaum über die ersten Schwierigkeiten hinaus war, als die Goldproduktion der Welt anfang, bedrohliche Zeichen des Rückganges aufzuweisen. Damals, als Fürst Bismarck der Pariser Konferenz kaum einige kleine Konzessionen machen wollte, weil wie mit unserer Goldwährung über den Berg seien, damals lagen in der Reichsbank wenige hundert Millionen in Gold, manchmal weniger als Silber. Und heute lagern deren 800 Millionen darin, eine Deckung, auf die das goldreichste Land, Frankreich, vor etlichen Jahren noch stolz darauf war, und die noch heute die Bank von England, obgleich sie über Goldfülle klagt, nicht in ihren Kellern hat. Rechnet man die 80 Millionen der Landesbanken und die 120 des Justizthurmes hinzu, so haben wir 1 Milliarde in Gold im Verwahr, und daneben von dem, was reichlich im ganzen Lande umherläuft, wenigstens noch anderthalbmal so viel. . . . In solcher Lage soll nun verhandelt werden: Deutschlands Währungsstände liegen im Argen, d. h. sein Geschäftsgang verdient das äußerste Mißtrauen im Inlande und Auslande. Dies ist die Proklamation, die durch Annahme des neuesten Währungsantrages zunächst erlassen wird. Eine weitergehende Wirkung ist davon vorerst nicht zu erwarten. Aber der wahre Grund für die Nothwendigkeit der ganzen Umwälzung soll ja nicht mehr im Mangel an Gold und an Geld, sondern in den niedrigen Getreidepreisen liegen. Wenn irgend etwas in der Silberrenquete nicht bewiesen worden ist, so ist es gerade dies. Auch außerhalb der Kommission z. B. der angesehenste aller Bimetallisten, der ehemalige holländische Minister Pierson, noch jüngst in einer scharfsinnigen und gründlichen Abhandlung die Lehre von dem Zusammenhange der niedrigen Preise mit der Silberentwertung zurückgewiesen. Und die Klagen wegen der Konkurrenz richten sich ja jetzt vornehmlich gegen ein Land, das überhaupt nicht mit entwerthetem Silber, sondern mit noch viel härter entwerthetem Papier rechnet. Konsequenter Weise müßte der Antrag Friedberg und Genossen dahin amendirt werden: die verhandelnden Regierungen einzuberufen. Die letzte internationale Währungskonferenz fand im Herbst 1892 in Brüssel statt. Sie vertagte sich am 17. Dezember desselben Jahres auf den 30. Mai 1893. Aber seitdem hat man nichts mehr von ihr gehört noch gesehen. Sie war auf Ansuchen der Vereinigten Staaten zusammengetreten. Bei der Eröffnung fragte man die amerikanischen Delegirten nach ihren Vorschlägen. Vorschläge hätten sie nicht mitgebracht, war die Antwort; aber sie hätten jetzt um einige Tage Aufschub, um sich darauf zu besinnen. Und sie besinnen sich noch immer.“

Die Influenza breitet sich seit etwa vierzehn Tagen wieder in Berlin aus. Weder Aerzte noch Publikum finden aber jetzt in dieser Krankheit, die dortselbst ein häßlicher Gast zu werden scheint, etwas so ungewöhnliches wie vor fünf Jahren. Von einer Epidemie ist nirgends die Rede, weil man sich nachgerade gewöhnt hat, die Influenza unter die winterlichen Erkältungskrankheiten zu rechnen. Nur ein sehr kleiner Theil der